

## Jahresauftakt der IGM Karlsruhe 26.01.2007

**Wolf Jürgen Röder,**  
geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied der IG Metall

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, heute zum zweiten Mal mit Euch hier in Karlsruhe ein Neues Jahr für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einläuten zu können.

Fragt man eine Kollegin, einen Kollegen, was sie oder ihn am meisten aufregt, bekommt man in den meisten Fällen ein Beispiel für eine kleine oder eine große Ungerechtigkeit geschildert.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt nicht von ungefähr.

In der Biographie jedes Gewerkschafters findet man einen Punkt, der für die Entscheidung zu einem politischen Engagement von zentraler Bedeutung war.

Eine Enttäuschung, das Erleben einer Kränkung, betroffen sein von einer Ungerechtigkeit **und** Zorn, Widerstandswillen, Mut und Kraft, sich dagegen zu wehren  
– und die Freude darüber, dass es Gleichgesinnte gibt, die das auch so sehen – waren das nicht die Momente, die in der einen oder anderen Konstellation unser Engagement begründet haben ?

Natürlich kann man das Streben nach Gerechtigkeit auch anders ausleben – in kirchlichen Gruppen, bei den Falken, den Natur – und Umweltschützern zum Beispiel,

alles hoch willkommene Aktionsfelder im Engagement für eine bessere Welt.

Für das Arbeitsleben in materieller Abhängigkeit von einem so genannten Arbeitgeber aber gibt es keine Alternative zu den Gewerkschaften, den Menschenrechtsorganisationen in der Arbeitswelt, wenn man so will !

Das ist seit über 120 Jahren so, und nicht nur am 1.Mai sollten wir uns die Wegstrecke der Arbeiterbewegung bewusst machen, weil sie uns Kraft gibt und Zuversicht, die Herausforderungen unserer Zeit zu bestehen.

Unterdrückung, Verfolgung, Verbot, das sind die autoritären Werkzeuge von Unternehmen und Gesellschaften, die aufgrund der von ihnen zu verantwortenden Ungerechtigkeit Angst haben müssen vor der Kraft der organisierten Werktätigen.

Deshalb sind GewerkschafterInnen die ersten, die angegriffen werden, wenn dem Kapital die Demokratie abhanden kommt.

Dafür gibt es nicht nur in unserer Geschichte zahlreiche Belege, überall auf der Welt lassen sich dafür Beispiele finden.

Aber es gibt diesen Mechanismus auch im Kleinen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jeder, der einmal versucht hat, einen Betriebsrat neu aufzubauen, eine BR-Wahl trotz klarer gesetzlicher Regelungen zum ersten Mal zu organisieren, kann ein Lied davon singen.

Deshalb ist es wichtig, sich selber und seinen Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz immer wieder die Wurzeln unserer Erfolge vor Augen zu halten.

Und das sind möglichst viele, möglichst aktive Mitglieder.

Früher hat das gute Beispiel in der Familie oder im Wohnviertel vielen jungen Menschen gereicht, mit Beginn ihrer Ausbildung oder Berufstätigkeit in die Gewerkschaft einzutreten.

Heute müssen wir größere Mühe darauf verwenden, einem selbstbewussten Individuum klar zu machen, dass seine Entfaltung von der Gestaltungskraft der Gemeinschaft in der Belegschaft abhängt.

Aber die Mühe lohnt sich.

Das sieht man an den Betrieben, wo es die Kollegen schaffen, fast 100% eines neuen Azubi-Jahrgangs zu organisieren. Das spürt man am Betriebsklima, am Arbeitsschutz, auch an der Atemluft – nicht nur wegen der Einhaltung der Vorschriften. Es atmet sich einfach freier.

Wir verbringen den größten Teil unseres wachen Lebens am Arbeitsplatz, da lohnt es sich doch, sich die Bedingungen erträglich zu machen.

Und das geht nun mal nicht ohne Gewerkschaften.

Viele sind da skeptisch – vor allem die, die noch nicht organisiert sind.

Ist ihnen vielleicht das Gespür für die Ungerechtigkeit abhanden gekommen?

„Bei uns gibt's keine Probleme“, sagen sie.

Aber – und das sage ich aus jahrzehntelanger Erfahrung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit – wenn es gelingt, sie auch nur auf ein einziges Wochenendseminar zu bekommen, wird ihre Welt ganz anders aussehen.

Dann erkennen sie, womit sie sich bisher abgefunden haben und: dass es zu den Zuständen in „ihrem“ Betrieb Alternativen gibt und wie man sie durchsetzen kann.

Das gilt übrigens auch für Physiker, Ingenieure und Industriekaufleute; mit dem Unterschied, dass sich bei Ihnen die Ungerechtigkeiten sozusagen in der Oberliga abspielen. Deshalb müssen sie aber nicht unbedingt weniger schmerzhaft sein.

Ansatzpunkte für gewerkschaftliches Handeln gibt es auch dort genug.

Unsere Kunst besteht darin, auch in diesen Bereichen Betroffenen Mut zu machen, mit ihren Arbeitskolleginnen an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
zu unseren Projekten 2007.

Zwei große Herausforderungen liegen auf dem Tisch,  
die **Reformpolitik der großen Koalition** und die **Tarifrunde 2007**.

Am 21. Oktober 2006 haben in 5 Großstädten der Republik über 200000 Kolleginnen und Kollegen gegen die Reformpläne der großen Koalition demonstriert, weil sie diese für sozial ungerecht halten.

Allen, die zu dieser Mobilisierung beigetragen haben, auch heute Respekt, Anerkennung und vor allem Dankeschön !

Wir wissen, dass es nicht leicht ist, MitstreiterInnen zu gewinnen, weil viele sagen: "das bringt ja eh nix".

Das kommt darauf an, wie ernst wir es denn meinen mit unserem Protest und das hängt wiederum davon ab, ob diese Ungerechtigkeit zum Thema in den Betrieben wird.

Die Nervosität nimmt spürbar zu - bei Politikern wie auch in Unternehmerverbänden - seit sich Belegschaften während der Arbeitszeit für die „Rente mit 67“ interessieren und sich an Aktionen beteiligen.

Warum geht es?

Die Deutschen werden immer älter – bis 2035 erwarten Statistiker eine Lebenserwartung von mehr als 85 Jahren für Frauen, von 80 Jahren für Männer,

ein heute geborenes Mädchen soll sogar große Chancen haben 100 Jahre alt zu werden.

Sie zahlen seltener in die Rentenkasse ein, denn die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs schrumpft. □

Und sie kriegen zu wenige Kinder.

Selten ließ sich ein Problem so gut absehen wie dieses, und selten tat die Politik sich so schwer damit, es zu lösen.

Es gab den „Nachhaltigkeitsfaktor“, der die Rentensteigerung bremsen sollte,

es gab die „Riester-Rente“, um parallel zur gesetzlichen eine Kapital gedeckte Vorsorge einzurichten,

es gab höhere Bundeszuschüsse ( 2005 etwa 61,5 Mrd.€ ),

es gab Anhebungen der Rentenbeiträge – die nächste steht 2007 an, von 19,5 auf 19,9 Prozent des Einkommens.

In der Summe wird auch das kaum ausreichen.

□

Daher soll jetzt stufenweise ab dem Jahrgang 1947 der Renteneintritt verlängert werden – ab dem Jahrgang 1964 soll der Rentenbeginn mit 67 Realität werden.

Parallel sollen mit einem „Nachholfaktor“ ab 2011 weitere Rentenerhöhungen gebremst oder ganz gestoppt werden.

Um es sich mit den 15 Millionen RentnerInnen nicht ganz zu verderben,

soll die Rente zumindest nicht gekürzt werden.

Warum sind diese Pläne ungerecht ?

Weil die Menschen in ihrer Mehrheit das jetzige Rentenalter schon nicht erreichen. Wir sind derzeit beim Durchschnitt von 61 Jahren. Ich zitiere dazu den „wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages“ vom 7.Juni 2006:

**Die hohe Arbeitslosigkeit** der 50 bis unter 65-Jährigen von 18,1 Prozent (Juni 2005) und das mit 37,3 Prozent niedrige Beschäftigungsniveau dieser Altersgruppe müsste bis zum Wirksamwerden der Altersgrenzenanhebung so grundlegend verbessert werden, dass tatsächlich ein großer Teil der Älteren länger berufstätig sein kann.

Gelänge dies nicht, würde die Entlastung der Rentenversicherung mit einer Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung bezahlt.

**Bei Geringqualifizierten** ist nach Einschätzung des IAB (Forschungs-Institut der Bundesagentur für Arbeit) auch künftig eher mit Unterbeschäftigung zu rechnen.

Für diese Gruppe steigt das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit bei einem späteren Rentenbeginn.

Zudem steigt das Risiko der Altersarmut durch die Verkürzung der Anspruchsdauer auf das Arbeitslosengeld I, der Abschaffung der vorgezogenen Rente wegen Arbeitslosigkeit und

der für Arbeitslosengeld-II- Bezieher bestehenden

**Verpflichtung**, zum **frühest möglichen Zeitpunkt** Altersrente unter Inkaufnahme der entsprechenden Abschläge in Anspruch zu nehmen.

Tendenziell sind Angehörige **sozial und ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen** stärker von gesundheitlichen Einschränkungen und einer kürzeren Lebenserwartung, zugleich aber auch bei entsprechend vorzeitigem Ausscheiden aus der Beschäftigung durch die Abschlagsregelungen besonders betroffen.

In **körperlich belastenden Tätigkeiten**, z.B. in der Baubranche, der Forst- und Landwirtschaft, aber auch dem Einzelhandel oder in Pflegeberufen werden bei weitem nicht alle Älteren in der Lage sein, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten.

**Personalabbau** setzt in den Betrieben häufig am oberen Ende der betrieblichen Altersstruktur an.

Ein Umdenken setzt zumeist bei Wissensträgern und Führungskräften an. Mäßig qualifizierte Arbeitnehmer werden hierbei häufig nicht berücksichtigt. Der Ausbau von Rahmenbedingungen, die Gesundheit und Qualifikation der Mitarbeiter über das gesamte Arbeitsleben in der ganzen Verwendungsbreite fördern, ist verbesserungsbedürftig.

### **Fazit:**

Der Schlüssel für eine nachhaltige Finanzentwicklung der Rentenversicherung liegt in der Steigerung versicherungspflichtiger Beschäftigung, auch für ältere Arbeitnehmer bis zum Erreichen des Regelrentenalters.

Die Regelungen zur Rente mit 67 schaffen nur die Rahmenbedingungen, um die Früchte einer in diesem Sinne erfolgreichen Arbeitmarktentwicklung für die Rentenversicherung nutzbar zu machen.

Die Entwicklung der Bundeszuschüsse wird im Hinblick auf die Beitragssatzstabilität bis dahin an Bedeutung gewinnen.

### **Mit meinen Worten, Kolleginnen und Kollegen,**

bevor man erwerbslos gewordene ältere Menschen mit Altersarmut bestraft, müssen in einem Sozialstaat, der den Namen verdient, erst einmal die Unternehmen dazu gebracht werden, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, halbwegs gesund bis 65 arbeiten zu können.

Was glauben wir, mit unseren Aktionen erreichen zu können ?

Wir müssen es schaffen, ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Arbeit weiterhin möglich zu machen.

Ähnlich wie es heute mit dem Instrument der Altersteilzeit geschieht – einen Übergang der Generationen, Junge rein, Alte raus zu organisieren.

Die Lasten solcher Regelungen müssen wir verteilen, damit es sich die KollegInnen überhaupt leisten können früher auszuscheiden.

Dazu werden die Unternehmen entsprechende Beiträge leisten müssen, ohne staatliche Begleitung im bisherigen Umfang ist es aber generell nicht finanzierbar.

Unsere gewerkschaftliche Herausforderung sehen wir darin, mitzuhelfen, dass die Arbeitsbedingungen altersgerechter werden und er „Jugendwahn“ in den Betrieben zurückgedrängt wird.

Auf der Tarifebene werden wir Vereinbarungen mit den Unternehmen anstreben, die betriebliche Altersversorgung auszubauen und den flexiblen Übergang in die Rente mit zu finanzieren.

Dafür lohnt es sich doch, die Kraft einzusetzen und weiter in den Betrieben zu mobilisieren für eine gerechtere Lösung einer gesellschaftspolitischen Herausforderung, was die Verantwortung der Regierung angeht. Oder ?

**Die Voraussetzungen für ein ordentliches Tarifergebnis auf dem Gehaltskonto sind 2007 so gut wie schon lange nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.**

Es brummt in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, die Auslastung liegt über 90%, die Auftragsbücher sind voll, die Mehrwertsteuererhöhung berührt die Betriebe auch weniger. Das hängt mit dem hohen Exportanteil zusammen.

Für 2007 wird ein Wachstum von 5% vorausgesagt !

Unsere 3% Einkommenserhöhung von 2006 war in keiner Weise beschäftigungsfeindlich.

Im Gegenteil: 52.000 Menschen sind inzwischen mehr an Bord - trotz der Entlassungen in einigen Großunternehmen.



Die Lohnstückkosten sind auch 2006 erneut um über 4% gesunken – unser Anteil an den Unternehmenskosten geht weiter zurück auf unter 17%.

Ich will hier gar nicht von der Gerechtigkeitslücke im Verhältnis zu den Managergehältern sprechen, lasst uns den Unternehmensleitungen zurufen:

„Hallo wir sind auch noch da!  
Erfolgsbeteiligung ist gut, Tarifierhöhungen sind besser!“

Lasst uns also die gewerkschaftlichen Hausaufgaben machen,

- Info im Betrieb, Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen
- Zusammentragen der Erwartungen in der Delegiertenversammlung,
- im Bezirk auf der Tarifkommission nächste Woche

Der Vorstand wird am 6. Februar aus der Diskussion in den Bezirken einen Vorschlag erarbeiten.

Es gilt die Parole: Wir wollen mehr als 2006 !

Am 28. April 24:00 Uhr endet die Friedenspflicht, und wenn wir dann so gut sein können wie 2006, dann liebe Kolleginnen und Kollegen,  
mache ich mir über einen kräftigen Abschluss keine Sorgen !

Im Anschluss daran werden wir mit diesem Rückenwind in den anderen Branchen, in denen wir Verantwortung tragen, auch gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen, soweit es unsere Organisationskraft zulässt.

So schließt sich der Kreis.

Lasst uns selbstbewusst vorangehen, unsere Basis stärken und verbreitern  
und uns gegen Ungerechtigkeiten stemmen, wo immer wir gefordert sind.

Für das Jahr 2007 wünsche ich Euch persönlich alles Gute –  
vor allem:  
Bleibt gesund !!!

Eine starke IG Metall in Karlsruhe und Umgebung, vielleicht gefällt Euch mein Motto für 2007 – Ihr dürft es gerne übernehmen:

Leonardo da Vinci hat es vor 500 Jahren geprägt:

„Binde Deinen Karren an einen leuchtenden Stern“